

## 28.6. SOMMERFEST DES HANDELS

Sommerfest des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) und der Handelsverband Deutschland - HDE zum Thema »Südafrikanische Nacht«. Verbandsheim, Herbert-Lewin-Platz 2, 18.00 Uhr

## 28.6. DAS LOBBYING DER TUI AG

»Die Arbeit der TUI-Konzernrepräsentanz - Lobbying für die Liberalisierung des Welthandels«. Mit dem Direktor Politische Beziehungen und Leiter des Berliner Büros der TUI AG, Wolf-Dieter Zumpfort. Otto-Suhr-Institut der FU-Berlin, Ihnestr. 21 18.00 Uhr.

### KOMMENTAR

#### FREIBERUFLER SIND KEINE RETTUNGSANKER FÜR KOMMUNEN



Dr. Birgit Reinemund, MdB, Finanzexpertin der FDP-Bundestagsfraktion

Freiberufler in die Gewerbesteuerpflicht einbeziehen zu wollen, ist eine Milchmädchenrechnung. Die reine Ausdehnung der Gewerbesteuer auf die freien Berufe erzeugt mehr Aufwand als Ertrag. Die Kommunen brauchen eine verlässlichere finanzielle Basis. Nur 38,8 Prozent aller gewerbesteuerpflichtigen Betriebe

zahlen auch Gewerbesteuer, die anderen 61,2 Prozent erwirtschaften keinen Gewinn oder fallen unter die Freibetrags-Grenzen. Dieses Missverhältnis wäre bei den freien Berufen noch weit größer.

Bei der Einbeziehung der 1,1 Millionen Freiberufler 2009 (Quelle: BFB) entstünde enormer zusätzlicher Bürokratieaufwand. Weit über eine Million zusätzlicher Steuerbescheide müssten erhoben und geprüft werden, obwohl klar ist, dass ein Großteil nicht zu Steuerzahlungen führen wird, da sie unter die Freibetrags-Grenze fallen.

Selbst bei finanzstarken Freiberuflern entstehen aufgrund der Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuerschuld - wie bei den Personengesellschaften üblich - keine echten Steuermehreinnahmen, sondern lediglich eine Verschiebung zwischen einzelnen Steuerarten.

Die freien Berufe sind bereits heute durchaus an der Finanzierung der Kommunen beteiligt, denn 15 Prozent der Einkommensteuer fließen direkt in die Kassen der Kommunen. Das sollte der Städte- und Gemeindebund nicht unter den Tisch kehren.

### BUNTES AUS BERLIN | KULTUR

#### BERLINER LUNCHKONZERT

Am kommenden Dienstag, dem 22. Juni gibt es um 13 Uhr im Foyer der Philharmonie Kammermusik auf höchstem Niveau bei freiem Eintritt und gutem Essen. Das 30- bis 40-minütige Programm wird nicht nur von Mitgliedern der Berliner Philharmoniker und Stipendiaten der Orchester-Akademie bestritten, sondern auch von Instrumentalisten des Deutschen Symphonie-Orchesters und der Staatskapelle Berlin. Auch der Gaumen wird verwöhnt - dafür sorgt ein Catering. Im Gegensatz zur Musik ist das nicht kostenlos, wenn auch erschwinglich.



#### WAHL DES BESTEN SOCIAL MEDIA NEWSROOM

Für Unternehmen ist es im User generated Web unverzichtbar, einen Social Media Newsroom zu haben. Er dient dazu, verschiedene Informationskanäle auf einer Website zu bündeln. Es ist also zu sehen, was das Unternehmen in Twitter, Facebook, Youtube u.a. veröffentlicht hat. Auf Facebook hat sich eine Gruppe formiert (derzeit mit 702 Mitgliedern), die sich mit diesem Trend auseinandersetzt. Zurzeit stehen 67 Social Media Newsrooms zur Wahl für die beste Umsetzung. Mehr Informationen unter <http://bit.ly/br4rdC>.

#### IMPRESSUM

Herausgeber: WIESECONSULT GmbH

Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin  
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29  
redaktion@hauptstadt-insider.de ·  
www.wiese-consult.com

Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B  
USt-IdNr.: DE259602002

Chefredaktion: Dr. Frank Wilhelmy (V.i.S.d.P.)  
Chefvom Dienst: Gregor Schweter  
Politik u. Wirtschaft: Hartmut Palmer, Nike Marquardt,  
Teodora Gionova-Busch  
Russland: Irina Boryayeva  
Gesundheit: Julia Eichelmann

Kultur: Fabio Cecere  
Gugl-Hupf: Stefanie Ehrlichmann  
Anzeigenleitung und Abonnement: Jenny Bogitzky  
Telefon 030.810588813  
Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare  
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. - Versand- u. Büro-  
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin  
Satz und Layout: Wiese Consult  
erscheint seit März 2007  
Fotos: dpa und Archiv  
www.hauptstadt-insider.de



# INSIDER

### INSIDERGESPRÄCH MIT DÖRTE HÖPPNER



Dörte Höppner, Geschäftsführerin des Bundesverbandes Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften (BVK)

#### Ist der deutsche Private-Equity-Markt nach dem Stillstand durch die Finanz- und Wirtschaftskrise 2010 wieder in Schwung gekommen?

Die Nachfrage nach Eigenkapital bei deutschen Unternehmen ist gewaltig - und sie trifft auf ein stetig wachsendes Angebot an Beteiligungskapital. Auch 2009 finanzierten die Private Equity-Gesellschaften in Deutschland mehr als 1.000 Unternehmen. Bei den Volumina gab es jedoch vor allem im ersten Halbjahr 2009 aufgrund der extrem hohen Marktunsicherheiten einen Einbruch. Seitdem steigen die Investitionszahlen allerdings wieder kontinuierlich an. So wurden alleine im ersten Quartal 2010 wieder über 1,2 Mrd. Euro von Beteiligungsgesellschaften in Start-ups, mittelständische Unternehmen und Großunternehmen investiert.

#### Wie ist Ihre Erwartung für die Zukunft?

Deutsche Unternehmen leiden unter niedrigen Eigenkapitalquoten. Das senkt ihre Bonität und schwächt ihre Position gegenüber den Banken. Das Thema »Eigenkapitalstärkung« steht deswegen bei sehr vielen Unternehmen ganz oben auf der Agenda. Beteiligungskapital ist hier eine Alternative. Wir rechnen damit, dass wir vermehrt Minderheitsbeteiligungen sehen werden, der Eigentümer also am Ruder bleibt, sich aber eine kapitalstarke Private Equity-Gesellschaft mit an Bord holt. Er profitiert dann nicht nur vom Kapital, sondern auch vom Know-how, das in das Unternehmen durch die Verstärkung mit einfließt. 4 Mrd. Euro stehen bei unseren Mitgliedern für derartige Wachstumsfinanzierungen bereit. Aber auch Mehrheitsübernahmen werden weiter eine wichtige Rolle im Mittelstand spie-

len, etwa bei Nachfolgeregelungen. Hier stehen bei den BVK-Mitgliedern sogar 29 Mrd. Euro bereit.

**Die EU-Kommission hat eine Richtlinie für Manager von alternativen Investmentfonds erlassen. Diese AIFM Directive will einen regulatorischen Rahmen für Alternative Investments wie Hedge Fonds und Private Equity schaffen. Außerdem soll eine effektive Aufsicht sichergestellt werden. Wie ist Ihre Haltung zu dieser Richtlinie?**

Obwohl Private Equity die Finanzmarkt-krise weder verursacht noch verstärkt hat, begrüßen wir das Regulierungsvorhaben sehr. Gerade in Deutschland leidet die Private Equity-Branche unter der Rechtsunsicherheit aufgrund einer fehlenden gesetzlichen Regulierung. Regulierung ist gut - wenn sie zielgenau, sachgerecht und verhältnismäßig ist. Eine solche Regulierung fordert der BVK seit Jahren ein.

Es liegt an den politischen Entscheidungsträgern, die AIFM-Richtlinie und später das entsprechende deutsche Gesetz so auszugestalten, dass unsere Branche kontrolliert und beaufsichtigt wird, ohne dabei den Kapitalfluss zu unterbrechen. Kapital, das über die »Gelenkstelle« Private Equity zum großen Teil aus dem Ausland nach Deutschland fließt, um in die heimischen Unternehmen investiert zu werden. Der Branche einfach nur hohe Bürden aufzuerlegen und immer mehr Auflagen zu machen, bringt gar nichts. Es muss eine Balance zwischen Kontrolle und Anreizen sein. Denn Deutschland braucht dringend neues Wachstum. Und Wachstum braucht Kapital. Dieses Kapitalangebot, das weltweit vor allem von Pensionskassen bereitgestellt wird, fehlt uns in Deutschland. Wir müssen es also ins Land holen, eben auch über die Private Equity-Fonds. Dafür muss der Eigenkapitalstandort Deutschland attraktiv werden und sollte zumindest wettbewerbsfähige Regulierungsstandards aufweisen. Kapital ist mobil, es kann auch in die vielen aufstrebenden Wachstumsregionen der Welt fließen. Deutschland befindet sich also in einem weltweiten Wettbewerb um Kapital.

Deshalb ist ein aufsichts- und steuerrechtlicher Rechtsrahmen mit Augenmaß und Weitblick gefragt.

#### AKW-LAUFZEITEN: ENTSCHEIDUNG IM HERBST

Die Bundesregierung wird nach Aussage des CSU-Bundestagsabgeordneten Hans-Peter Friedrichs im Herbst über eine Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken entscheiden. Damit lässt sich die Regierung für die Ausgestaltung ihrer Energiepolitik mehr Zeit. Bisher war von einer Entscheidung im Juli ausgegangen worden. Die CSU wolle die Laufzeit für

Atomkraftwerke um mindestens 10 Jahre verlängern. Derzeit werden in den Ministerien Einzelheiten zum Energiemix und für eine längere Laufzeit von Kernkraftwerken ausgearbeitet. Die Regierung ist bemüht, eine Mitwirkung des Bundesrats an der Energiepolitik zu vermeiden, da die Pläne hier an den politischen Mehrheitsverhältnissen scheitern könnten.

## DEUTSCH-RUSSISCHER FÖRDERWETTBEWERB

Das Internationale Büros des Bundesforschungsministeriums (BMBF) und der Russischen Fond fördern deutsch-russische Kooperationen im Bereich angewandter, industrienahe und innovativer Forschung und Entwicklung. Ein aktueller Wettbewerb richtet sich an forschungsaktive deutsche und russische innovative kleine und mittlere Unternehmen. Auf deutscher Seite können auch Forschungseinrichtungen, die anwendungsbezogene Forschung betreiben, einen Antrag stellen. Ziele der Fördermaßnahmen sind deutsch-russische Kooperationsprojekte, die thematisch den

aus deutscher und russischer Sicht prioritären Zukunftstechnologien zuzurechnen sind. Förderanträge, die sich mit folgenden thematischen Bereichen befassen, können beim Internationalen Büro des BMBF eingereicht werden: Biotechnologie und Gesundheitsforschung, Nanotechnologien, Optische Technologien, Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), Mikrosystemtechnik-Anwendungen in der Verfahrenstechnik, in Produktionsprozessen und im Gesundheitsbereich, Umwelttechnologien. Die Förderanträge können bis zum 15. Juli 2010 eingereicht werden.

## DAS POLIT-DEPOT



Der Berliner Vermögensverwalter Christian Mallek (Sigavest) schätzt für den Hauptstadt Insider die Börsenrelevanz aktueller Politikentscheidungen.

Politdepot-Mitglied Verbio enttäuscht uns schwer. Das hat nichts mit der Blockierung des Marktanzugsprogramms zu tun. Verbio ist nicht betroffen. Die EU-Richtlinie RED, die einheitliche Marktbedingungen unter anderem für Biokraftstoffproduzenten schafft, wirkt auch. Ebenso wird die Erhöhung des Ethanolanteils auf etwa 10 Prozent im Sprit weiterhin für Ende des Jahres erwartet. Schädlich ist für Verbio die Verschiebung der Scharstellung der Biokraftstoff-Nachhaltigkeitsverordnung durch die Bundesregierung. Verbio »bedauert« die Verschiebung, denn das Unternehmen kann schon jetzt den Nachweis der Nachhaltigkeit der Produktion erbringen. Schade. Die anderen Werte im Depot entwickeln sich plangemäß. Da in der Regierung kaum neue Pläne reifen, geschweige denn umgesetzt werden, sind neue Kandidaten fürs Politdepot schwer zu finden. Deswegen bleibt es vorerst bei vier Werten.

Name	Wkn	Kaufdatum	Kaufkurs	Akt. Kurs 15.6
Verbio	A0JL9W	19.4.2010	3,65	2,95
Secunet Security Networks	727650	19.4.2010	9,80	10,70
Euro/Dollar Put	DZ1MAP	24.5.2010	18,46	19,10
Q-Cells	555866	24.5.2010	4,94	5,90

Quelle: Sigavest 2010, www.sigavest.de

Disclaimer: Die vorgenannten Aussagen stellen ausdrücklich keine Kaufempfehlungen dar. Interessenten sollten sich vor einer Anlage unbedingt mit weiteren Informationen über die Unternehmen sowie deren Risikanz vertraut machen. Wir empfehlen, vor dem Kauf eine ausdrückliche Beratung und ausführliche Risikoauflärung.

## PRIVATES GESUNDHEITSWESEN IN POLEN WÄCHST

Polen investiert in das Angebot und die Versicherung privater Gesundheitsleistungen. Arbeitgeber kaufen häufiger für ihre Angestellte Zusatzversicherungen bei privaten Gesundheitseinrichtungen. Private Krankenversicherungen verstärken ihre Kooperation mit privaten Gesundheitsdiensten. Der private Markt hat 2009 be-

reits einen Wert von 27,9 Mrd. Zloty, was etwa der Hälfte der öffentlichen Ausgaben entsprach. Darin sind nicht nur Kosten für medizinische Untersuchungen und Arztbesuche enthalten sondern auch Abonnements bei medizinischen Firmen und privaten Krankenversicherungen, Ausgaben für Arzneien und medizinische Geräte.

## MERZ WICKELT WESTLB AB

Friedrich Merz soll als Treuhänder im Auftrag des Bundes den Verkauf der WestLB an einen privaten Investor regeln. Merz ist vom Bankenrettungsfonds des Bundes (SoFFin) gebeten worden, als Veräuße-

rungsbevollmächtigter die WestLB-Anteile zu verkaufen, die beim Bund, dem Land Nordrhein-Westfalen und dessen Sparkassen liegen. Die Privatisierung der WestLB war von der EU verlangt worden.

## »CHRIST RIESLING« EXKLUSIV IM ADLON

Harald Christ gehörte 2009 zum Kompetenzteam des SPD-Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier – als Experte für den Mittelstand. Heute beteiligt er sich als Finanzinvestor an mittelständischen Unternehmen. 2004 hat Christ in seiner Heimatregion Rheinhessen ein Weingut gegründet. Zusammen mit dem Winzer Jochen Dreissigacker und Christian Gebranzig, einem Sommelier und Weinhändler, entstand die Idee einen Spitzenwein zu machen. Der »Christ« ist ein Riesling aus den Spitzenlagen Bechtheimer Geysersberg und Westhofener Morstein. Die mineralogische Beschaffenheit der Lagen, der biologische Aufbau und die Ernte von Hand zeichnen den Wein aus. Die Ertragsreduktion auf 25 bis 30 hl/ha der 25 bis 35 Jahren alten Rebstöcke auf den anderthalb Hektar des Weingut Christ tragen zur Exklusivität des »Christ Riesling« bei. Zudem werden nur 3.500 Flaschen ausschließlich über die Lorenz Adlon Weinhandlung verkauft.

## ANSHU JAIN WIRD CHEF-INVESTMENTBANKER

Der bisherige Co-Investmentbankchef Michael Cohrs gibt seinen Posten bei der Deutschen Bank im Sommer auf. Anshu Jain wird alleinverantwortlich für das Kerngeschäft des Instituts sein. Bis 2011 soll die Investmentbank rund Dreiviertel des angepeilten Vorsteuergewinns von 10 Milliarden Euro einbringen. Jain wird auch im Zusammenhang mit einer möglichen Nachfolge von Ackermann, dessen Vertrag bis 2013 läuft, genannt.

## AUS DEN BOTSCHAFTEN

## NEUE FLUGVERBINDUNG: BERLIN - CASABLANCA

Ab dem 21. Juni verbindet die Fluggesellschaft Royal Air Maroc drei Mal wöchentlich Berlin direkt mit der größten marokkanischen Stadt Casablanca. Der Botschafter des Königreichs Marokko, Bouhlah Mohammed Rachad, lädt deshalb zu einem Gespräch: Flughafen Berlin-Tegel, Konferenzbereich. 21.6., 16.00 Uhr.

## WIE GEHT ES WEITER IN UNGARN?

Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik zu »Reformen in Gesellschaft und Wirtschaft«. Mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán. DGAP, Rauchstraße 17. 23.6., 17.30 Uhr. (Anmeldung erforderlich).

## WORTE DER WOCHE

»Ich ziehe das jetzt durch. Ich will nicht werden wie Griechenland. Das ist meine Verantwortung.«

Peter Harry Carstensen verpasste seinem Land als erster Ministerpräsident eine Finanz-Roskur.

»Das Wort Neuwahl ist im Kopf und im Herzen von jedem, der jetzt politisch verantwortlich denkt.«

Renate Künast, Vorsitzende der Bundestagsfraktion 90/Die Grünen, betrachtet Merks Regierung als gescheitert.

»Die geplante Streichung des Elterngeldes für Hartz-IV-Empfänger ist skandalös.«

Der Hamburger Reeder und Millionär Peter Krämer will die Vermögenssteuer wieder einführen. Statt die Ärmsten noch stärker zu belasten, sollte der Staat vielmehr die Reichen in die Pflicht nehmen, forderte er.

»Nachdem die CSU bewiesen hat, dass Sie in Sachen Gesundheitspolitik, weder bereit ist, sich an den Koalitionsvertrag zu halten, noch Willens ist, konstruktive Vorschläge zu machen, wie auf der Finanzierungsseite, neben der Entkoppelung der Entwicklung der Lohnnebenkosten von weiter steigenden Gesundheitskosten, eine Stabilisierung der Einnahmeseite erreicht werden kann, sollte die Union intern klären, wie Sie insgesamt zu den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag, in Sachen Gesundheitspolitik, steht.«

Lars Lindemann, FDP, Mitglied des BT-Gesundheitsausschusses zur stetigen Kritik der CSU an der Gesundheitsreform.

»Wir müssen die Finanzmärkte in ihre dienende Funktion für die Wirtschaft zurückführen.«

FDP-Generalsekretär Christian Lindner über die Notwendigkeit einer Neuordnung.

## TERMINE

## 23.6. NEUSTART IN DER GESUNDHEITSPOLITIK?

Konferenz mit dem DAK-Vorstandsvorsitzenden Prof. Herbert Rebscher, dem Vorsitzenden des Deutschen Apothekerverbandes Fritz Becker, dem gesundheitspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Karl Lauterbach und dem Geschäftsführer von Pro Generika, Peter Schmidt. Grand Hotel Esplanade, Lützowufer 15., 9.30 Uhr.

## 23.6. NEUE BIOKRAFTSTOFFE 2010

Fachtagung des Bundeslandwirtschaftsministeriums mit dem Direktor des Instituts für Technische Chemie Prof. Eckhard Dinjus und Dr. Jörg Rothermel vom Verband der Chemischen Industrie. Umweltforum Berlin, Pufendorfstraße 11, (bis 24.6.) 10.00 Uhr.

## 23.6. GEORGE SOROS: »EUROPE IN CRISIS«

Veranstaltung des Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht mit dem Gründer des Open Society Instituts George Soros. Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6 (Anmeldung erforderlich). 17.30 Uhr.